

Stans, 23. Mai 2017



Medienmitteilung

Grüne Nidwalden  
Postfach 223  
6371 Stans

sekretariat@gruenenidwalden.ch  
www.gruenenidwalden.ch

## **Grüne sind gegen kantonale Millionenbeteiligung am Flugplatz Buochs**

**Die Grünen Nidwalden stellen den heutigen Betrieb des Flugplatzes Buochs nicht in Frage. Nicht einverstanden sind sie mit den bekannt gewordenen Plänen der Nidwaldner Regierung, sich mit 10 Millionen am Flugplatz und an allfälligen Betriebsdefiziten zu beteiligen.**

Die Grünen halten fest: «Der Flugplatz Buochs ist existenziell für die Pilatus Flugzeugwerke. Pilatus ist Hauptnutzerin des Flugplatzes und kann deshalb erfolgreich aus dem Kanton Nidwalden heraus operieren. Darum wird der Flugplatz in seiner heutigen Funktion von uns nicht in Frage gestellt.» Die Grünen sind aber klar gegen den Plan des Regierungsrates, dass der Kanton Mitbetreiber des Flugplatzes bleibt und sich verpflichtet, 10 Millionen in die Infrastruktur zu investieren und sich jährlich an den Betriebsdefiziten beteiligen will.

Der Präsident der Grünen macht geltend: «Der Betrieb des Flugplatzes Buochs gehört eindeutig nicht zu den Kernaufgaben des Kantons Nidwalden und muss privatwirtschaftlich – ohne öffentliche Gelder – finanziert werden.» Wenn der Kanton zu 50 % als Betreiber auftrete, verliere er seine Unabhängigkeit. Er sei in seinen Entscheiden nicht mehr frei und werde erpressbar. Zum Beispiel dann, wenn der Flugbetrieb nicht wie geplant selbsttragend ist. Dann stelle sich schnell die Frage, höhere Startgebühren, oder mehr Flugbewegungen? Als Kantonsregierung müsse sie das Wohl des ganzen Kantons im Auge behalten. Als Vertretung im Verwaltungsrat der ABAG gehe es dann um wirtschaftliche Eigeninteressen, welche mitgetragen werden müssten. «Das passt nicht unter einen Hut», meint Leo Amstutz.

Zudem stören sich die Grünen daran, dass der Regierungsrat nur vom volkswirtschaftlichen Nutzen spricht, aber nie vom volkswirtschaftlichen Risiko. Auch in Zukunft bleibe ein grosses Fragezeichen, ob der Flugbetrieb rentabel organisiert werden könne. Zudem dürften die Auswirkungen durch Lärm- und Luftbelastung auf die Umwelt nicht negiert werden. «Diese können zu Wertverlusten an Wohneigentum führen und die Lebensqualität negativ beeinflussen», ist Amstutz überzeugt. Deshalb brauche es eine starke unabhängige Regierung, die das Ganze und nicht Partikularinteressen im Blick habe.